



Die aktuelle Lage :

Gemeinsam erfolgreich!

Der 28. Parteitag der CDU Deutschlands hat ein klares und starkes Signal der Geschlossenheit und der Einheit der CDU gesetzt. Unsere Bundeskanzlerin hat ihre Partei begeistert. Eine Partei, die sich zu ihrem Erbe und ihrem Vermächtnis bekannt hat – sie ist die Europapartei Deutschlands. In der Tradition von Konrad Adenauer und Helmut Kohl steht auch Angela Merkel für ein geeintes und handlungsfähiges Europa ein. Und in der Tradition von Ludwig Erhard sind wir die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Unser Parteitag zeigt, dass wir die Kraft und die Zuversicht haben, auch in schweren Monaten für unsere Überzeugungen zu kämpfen. Wir nehmen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger auf: Als CDU und CSU wollen und werden wir die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge spürbar reduzieren. Das liegt im Interesse unseres Landes und Europas.

Unser Land steht am Ende eines bewegten Jahres vor großen Herausforderungen. Wir erleben auf neue Art, was Globalisierung bedeutet. Auch Not und Elend überwinden stärker als jemals zuvor Kontinente und

nationale Grenzen. Angesichts der Entwurzelung vieler Menschen durch Krieg und Gewalt müssen auch wir neue Wege finden, um Sicherheit und Stabilität weltweit zu fördern und mehr denn je außenpolitische Verantwortung zu übernehmen.

Die unionsgeführte Bundesregierung handelt und stellt sich der Herausforderung. Wir haben in den vergangenen Wochen die größte Asylrechtsverschärfung seit den 90er Jahren beschlossen.

Deutschland steht finanziell solide da und ist für die Herausforderungen gerüstet. Der von uns durchgesetzte Verzicht auf Steuererhöhungen hat eine gute Grundlage für die wirtschaftliche Entwicklung gelegt. Mit

einem ausgeglichenen Bundeshaushalt und einem Verzicht auf neue Schulden zeigen wir, wie ernst wir unsere Verantwortung für die kommenden Generationen nehmen. Gleichzeitig bleibt Raum für gezielte Investitionen in die Infrastruktur. Wir haben mehr Geld für die Verkehrswege, aber auch für die Datenautobahnen bereitgestellt.

Noch nie hatten so viele Menschen in Deutschland Arbeit, gleichzeitig steht die Zahl der Arbeitslosen auf dem niedrigsten Stand seit der Deutschen Einheit. Mit der Erhöhung des Existenzminimums, des Kindergeldes



und des Freibetrages für Alleinerziehende, aber auch mit dem Abbau der kalten Progression erreicht die gute wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes jeden einzelnen Bürger.

Wir arbeiten in allen Politikbereichen daran,

dass Deutschland – so wie die Bundeskanzlerin gesagt hat – auch in 25 Jahren immer noch unser Deutschland ist, das alle seine liebenswerten Eigenschaften und Stärken bewahrt und an die nächste Generation weitergibt.



Aus dem Inhalt

Neues aus dem Bundestag	Seite 2
Diskussion über Flüchtlinge	Seite 3
Bahntrassen	Seite 3
Aus der Presse	Seite 4



Neues aus dem Bundestag

Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 17./18. Dezember 2015 in Brüssel. Am Mittwoch informierte uns die Bundeskanzlerin über das Treffen der EU-Staats- und Regierungschefs. Dort wird vor allem eine Bestandsaufnahme der Umsetzung der gefassten Beschlüsse zur Migrations- und Flüchtlingskrise erfolgen, die in den vergangenen Monaten auf Ratstreffen und Gipfeln getroffen wurden. Auch die britischen EU-Reformvorstellungen vor dem Hintergrund des Referendums über den Verbleib in der EU werden dort Thema sein.

Gesetz zur Verbesserung der zivilrechtlichen Durchsetzung von Verbraucherschützenden Vorschriften des Datenschutzrechts. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, schafften wir in 2./3. Lesung die Rechtsgrundlage dafür, dass die Verbraucherverbände datenschutzrechtliche Verstöße abmahnen können und erweitern dazu den Anwendungsbereich des Unterlassungsklagegesetzes. Durch eine Stärkung des Bundesamtes für Justiz stellen wir gleichzeitig sicher, dass die Verfolgung von Datenschutzverstößen sachgerecht geschieht und keine neue Abmahnindustrie entsteht. Darüber hinaus schaffen wir Übergangsregelungen, um aus dem „Safe Harbor“-Urteil des Europäischen Gerichtshofs resultierende Rechtsunsicherheiten für Unternehmen zu beseitigen.

Gesetz zur Verbesserung des Datenaustausches zwischen den am Asylverfahren beteiligten Behörden. Wir diskutierten in 1. Lesung einen Gesetzesentwurf, der zu einer weiteren Verbesserung und Beschleunigung der Asylverfahren beitragen soll. Zur vollständigen Registrierung und Überprüfung aller Ankommenen sollen beim Erstkontakt mit Asylbewerbern und Ausländern die zur erkennungsdienstlichen Erfassung zuständigen Stellen den Betroffenen derart identifizieren können, dass die relevanten Stammdaten sowie biometrische Daten aufgenommen, in Eurodac gespeichert und beim BKA mit dem automatisierten Fingerabdruckidentifizierungssystem abgeglichen werden können. Gleichzeitig sieht das Gesetz die Ausstattung der die Registrierung durchführenden Stellen mit einem Fingerabdruck-Schnell-Abgleichssystem vor, um eine Datenabfrage bei den AFIS-Datenbanken zu ermöglichen. Die Stammdaten der Betroffenen werden außerdem behördenübergreifend in ein Kerndatensystem eingepflegt. Die Registrierung wird durch ein fälschungssicheres Dokument nachgewiesen, das die Grundlage für den Bezug von Leistungen bildet und von einer zuständigen Stelle ausgestellt wird.

Jahresbericht 2014 des Wehrbeauftragten (56. Bericht). Schwerpunktthemen im Jahresbericht des Wehrbeauftragten sind die Auswirkungen der Einsätze und der Neuausrichtung der Bundeswehr sowie die Vereinbarkeit von Familie und Dienst. Im letzteren Bereich



gibt es nach wie vor Kritik. Viele Soldatinnen und Soldaten sehen ihre Familien nur am Wochenende und sind häufig für längere Zeit von ihren Familien getrennt. Die Kinderbetreuungssituation bleibt verbesserungsfähig. Positiv bewertet wird die Entwicklung in der Betreuung von Einsatzrückkehrern. Auch sei die Versorgung verwundeter Soldaten weiter verbessert worden. Insgesamt wird Handlungsbedarf weiterhin vor allem im Bereich des Sanitätsdienstes gesehen, der besonders für die Motivation der Soldaten im Auslandseinsatz eine zentrale Bedeutung einnimmt.

Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016). Insgesamt plant der Bund Ausgaben von 316,9 Mrd. Euro, die ohne neue Kredite finanziert werden sollen. Die Investitionen werden um gut 1 Mrd. Euro auf rund 31,5 Mrd. Euro erhöht, die Investitionsquote liegt damit bei rund 10 Prozent.

Industrie 4.0 und Smart Services – Wirtschafts-, arbeits-, bildungs- und forschungspolitische Maßnahmen für die Digitalisierung und intelligente Vernetzung von Produktions- und Wertschöpfungsketten. In unserem Antrag, den wir zur sofortigen Abstimmung eingebracht haben, benennen wir die wesentlichen Herausforderungen für die Digitalisierung der Wirtschaft und begrüßen die dazu ergriffenen vielfältigen Maßnahmen der Bundesregierung. Gleichzeitig fordern wir im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel weitere Aktivitäten zur Gestaltung einer zukunftsfähigen Industrie 4.0. Dazu gehören nicht nur der flächendeckende Breitbandausbau, sondern insbesondere auch eine Stärkung von Ausbildung und Forschung zur Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Startups.

Diskussionen über Flüchtlinge

Wie schaffen wir die erfolgreiche Integration? Das war die zentrale Frage auf den beiden Veranstaltungen in Rosche und in Bad Bodenteich zum Thema Flüchtlinge. Bedenken und Perspektiven wurden von den jeweils rund 40 Teilnehmern analysiert. Wir wollen keine Extremisten! Weder Linke noch Rechte! Das Land Niedersachsen muss konsequent von seinen Möglichkeiten der Abschiebung Gebrauch machen – so der einheitliche Tenor. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandel müssen wir die Chance nutzen, die Flüchtlinge mit Bleiberecht in unsere Gesellschaft zu integrieren. Zu einer erfolgreichen Integration gehört aber unter anderem auch der Wille sich anzupassen, die Gleichstellung der Frau, das christliche Menschenbild und unser Grundgesetz als Grundordnung unserer Gesellschaft zu akzeptieren. Wir stehen vor einer großen Aufgabe, die Weichen für ein friedliches Zusammenleben zu stellen – wir dürfen uns jetzt nicht verstecken – Europa bietet Chancen und



Henning Otte stand in Bad Bodenteich und Rosche (Foto) Rede und Antwort.

Foto: Moldenhauer

Möglichkeiten – Europa heißt nicht nur Vorteile durch z.B. Reisefreiheit zu genießen – Europa heißt auch Verantwortung zu übernehmen! Und wenn nicht wir als CDU geführte Regierung, wer dann?

Ein großer Dank geht an alle ehrenamtlichen Helfer, die ihre Freizeit investieren, um anderen Menschen zu helfen und zur Seite zu stehen.

Erfolgreicher Bürgerdialog



Gespräch der Vertreter der BIs mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Enak Ferlemann in Berlin. Foto: Flasche

Als direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Celle-Uelzen liegt mir unsere Heimat in Norddeutschland besonders am Herzen. Deswegen bin ich froh, dass es gelungen ist, im Rahmen des Dialogforums Schiene Nord (DSN) einen mit deutlicher Mehrheit akzeptierten Kompromiss für den steigenden Schienengüterverkehr zwischen Hamburg, Bremen und Hannover zu schließen. Der erfolgreiche Dialog zwischen den Bürgerinitiativen, kommunalen Vertretern und Verkehrsfachleuten stellt einen Meilenstein bei der Planung von Großprojekten in Deutschland dar und wird als Muster für weitere Großprojekte dienen.

Zum Ergebnis haben insbesondere die sehr konstruktiv arbeitenden Bürgerinitiativen innerhalb eines dreiviertel Jahres beigetragen. Jetzt kam es zu einer fachlich fundierten Einigung auf den Ausbau

vorhandener Schienenwege. Das Land Niedersachsen, das das Dialogforum nach Absprache mit dem Bund und der Deutschen Bahn ins Leben gerufen hat, verfolgt jetzt ebenso wie die beiden anderen Beteiligten ausschließlich den gemeinsam erarbeiteten, von der Deutschen Bahn als erweiterte Alphavariante bezeichneten Ausbau.

Ich bin den Bürgerinitiativen für ihr großes Engagement sehr dankbar. Sie haben sich nicht nur ebenso wie ich für den Schutz unserer Heimat und einer gerechten Lastenverteilung eingesetzt, sondern auch eine ausgezeichnete, konstruktive Arbeit geleistet. Jetzt müssen die entsprechenden Zusagen von Vertretern der Bahn, des Landes und des Bundes umgesetzt werden. Diesen Prozess werden Vertreter der Initiativen in einem Beirat aktiv begleiten. Ich werde weiterhin meinen politischen Beitrag dazu leisten.

Aus der Presse...

Welt.de am 09.12.2015

„Der weitere Einsatz wird ungefähr einen Fünf-Jahres-Zeitraum umfassen“, sagte Otte nach seinem Besuch in Afghanistan.

Henning Otte zum Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan. Mit dem Ziel die afghanische Armee weiter auszubilden, das sie selbstständig für Sicherheit sorgen können.

Focus.de am 04.12.2015

„Wir können Ihre Kaltherzigkeit nicht verstehen.“

Henning Otte in seiner Rede zum Bundeswehreinsatz gegen den IS-Terror an die Adresse von Sahra Wagenknecht und der Linkspartei. Die Linke will den Opfern des IS nicht helfen. Manchmal muss man militärisch eingreifen, um schlimmeres zu verhindern.

Stuttgarter Zeitung.de am 03.12.2015

„Wir müssen einer permanenten Überdehnung unserer Streitkräfte vorbeugen.“

Henning Otte zur derzeitigen Überprüfung des Personalkörpers der Bundeswehr. Wenn wir die Konflikte und deren Auswirkungen von Deutschland und Europa fernhalten wollen besteht die Gefahr der Überlastung unserer Streitkräfte.

Tagesschau.de am 26.11.2015

„Wir werden nicht nur die Ausbildungsmission im

Nordirak stärken, sondern in Syrien unter anderem mit Recce-Aufklärungstornados unser Engagement im Kampf gegen den IS-Terror vorantreiben.“

Henning Otte zur Beteiligung der Bundeswehr am Kampf gegen den IS in Syrien. Der IS ist nur militärisch zu schlagen. Mit Frankreich und allen anderen Staaten, die sich dem islamistischen Terror entgegenstellen, werden wir alle notwendigen Mittel zu dessen Bekämpfung aufbringen.

Cellesche Zeitung am 26.11.2015

„Die Sicherheitslage in der Sahelregion ist weiter instabil. Zu ihrer Verbesserung ist ein stärkeres militärisches Engagement in Mali notwendig.“

Henning Otte zur geplanten Ausweitung des deutschen Engagements im westafrikanischen Mali. Bis zu 650 Soldaten sollen zur Friedenssicherung im kommenden Jahr nach Mali verlegt werden.

Bild.de am 17.11.2015

„Um den unkontrollierten Grenzübergang von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu verhindern, seinen verstärkte Maßnahmen möglich. Was in Heiligendamm ging, muss auch im Bayrischen Wald möglich sein.“

Henning Otte zur Möglichkeit der Grenzüberwachung durch die Bundeswehr. Die Bundespolizei ist bis an ihre Belastungsgrenze gefordert und sollte daher im Rahmen der technischen Amtshilfe bei Bedarf eine Unterstützung durch die Bundeswehr bekommen können.

Wir sind für Sie da!



Markus Flasche



Anna Viefhues



Dr. Svend Moeller



Sophie von Magnis



Uwe Moldenhauer

Büro Berlin

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 7 23 20
Fax 030 / 227 – 7 63 20
Henning.Otte@bundestag.de

www.henning-otte.de

Büro Celle

Südwall 26
29221 Celle

Tel. 0 51 41 / 68 98
Fax 0 51 41 / 68 83
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Henning.Otte.wk@bundestag.de

Büro Uelzen

Celler Str. 1
29525 Uelzen
Tel. 05 81 / 9 71 25 43

Fax 05 81 / 157 36
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Henning Otte, MdB

